

# Gegen EU-Militarisierung und Rüstungslobbyismus

## Vorstellung der Kampagne Ctrl + Alt + EU

von Gunther Lippens

Unverkennbar hat sich die EU zu einer militärischen Macht entwickelt. Sie hat die Kompetenz, die Institutionen und die betrieblichen Strukturen, um weltweit militärisch zu intervenieren. Eine der beunruhigendsten Entwicklungen ist der große Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Politik. Als selbsternannte Experten für Verteidigung und Sicherheit sind CEOs (Geschäftsführer) und Lobbyisten der Rüstungsindustrie stark an der Gestaltung der EU-Politik beteiligt. Ein Vertreter von Vredesactie fasste das folgendermaßen zusammen: „Die Europäische Sicherheit ist reduziert auf militärische Fähigkeiten und eine starke Rüstungsindustrie. Der Ruf nach mehr Militärausgaben ist der Strenge der von der EU auferlegten Sparmaßnahmen diametral entgegengesetzt.“

Ctrl + Alt + EU ist eine neue belgische Kampagne von Vredesactie, welche die Militarisierung Europas kritisiert. Im Vorfeld der Europawahl im Mai 2014 werden wir öffentliche Aktionen im Brüsseler EU-Viertel organisieren und Informationen über die Militarisierung der EU verbreiten. Im Allgemeinen wollen wir das Bewusstsein der fortschreitenden europäischen Militarisierung der Politik, der gesellschaftlichen Bereiche und des Alltags erhöhen. Ob es um Migration geht, das Internet, das Gesundheitswesen, internationale Transporte: überall versucht die Rüstungsindustrie, ihre militärische Logik einzuspeisen.

Mit einem großen, öffentlichen und gewaltfreien Aktionstag während des Gipfels der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. Dezember 2013 in Brüssel wurden der tägliche Betrieb gestört und die engen Beziehungen zwischen der Rüstungsindustrie und der Politik unterstrichen.

### Das europäische Friedensprojekt

Im Jahr 2013 hatte der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy das militärische Europa hoch auf die politische Tagesordnung gesetzt. Nur drei Monate nach dem Erhalt des Friedensnobelpreises beendete er eine Rede auf der Jahrestagung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) mit den Worten: „Europa wurde aus der Asche des Krieges geboren. Die EU ist zuerst gegründet worden durch die Bündelung der Instrumente des Krieges: Kohle und Stahl [...]. Die Europäische Union ist auf der Seite von denen, die nach Frieden und Menschenwürde streben. Um diese Aufgaben zu erfüllen, sollten wir sicherstellen, dass wir die Mittel dazu zur Verfügung haben.“

Die Themen der EDA-Konferenz waren die Rüstungsindustrie und die militärischen Fähigkeiten der europäischen Armeen. Für Van Rompuy sind diese Mittel: Waffen und eine Armee, die weltweit intervenieren können. Vredesactie verfolgt diese Entwicklungen der Europäischen Union mit Argwohn. Die Tatsache, dass sich die Mitgliedstaaten aufgrund unterschiedlicher Interessen bislang schwertun, sich auf eine gemeinsame Außenpolitik zu einigen, ist der Hauptgrund, warum es bis heute noch nicht deutlich mehr Militäroperationen im Rahmen der EU gegeben hat. Zu oft sind die USA als einziger Staat bereit, Gewalt anzuwenden, um seine nationalen Interessen zu sichern. Dennoch war Tony Blair einer der wichtigsten Befürworter des Irak-Krieges

GASTBEITRAG

während seiner Amtszeit als Premierminister von Großbritannien. Frankreich will nicht vor eigenwilligen militärischen Interventionen zurückschrecken, wenn seine Interessen in „Françafrique“ auf dem Spiel stehen. Die Intervention in Mali ist das jüngste Beispiel, aber Frankreich spielte

auch eine führende Rolle in Libyen und hat in der Elfenbeinküste, im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik in den letzten zehn Jahren viele militärische Operationen durchgeführt. Dennoch ist es eine Illusion zu glauben, dass eine militärische EU weniger kriegstreiberisch sein würde, als die Mitgliedstaaten zusammengenommen.

### Das Ziel: eine florierende Rüstungsindustrie

Eines der beunruhigendsten Entwicklungen ist der große Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Politik. Ob es um die Bündelung und gemeinsame Nutzung von Militärausrüstung, die Regulierung des internationalen Waffenhandels, die Migrationspolitik oder um die Prioritäten der europäischen Forschungsförderung geht, die Rüstungsindustrie ist immer sehr erfolgreich bei der Förderung von militärisch-technischen „Lösungen“. Ihre CEOs und Lobbyisten werden oft als Verteidigungs- und Sicherheitsexperten angesehen und sind eng in die Gestaltung der EU-Politik eingebunden. Die Tatsache, dass ihr primäres Ziel immer kommerziell ist, wird oft vergessen oder als unwichtig eingestuft. Aber diese „Experten“ wissen ganz genau, was ihr Kerngeschäft ist und wie sie es verkaufen. Um in so vielen Märkten und politischen Bereichen wie möglich aktiv zu werden, präsentieren sie zunächst jedes soziale Phänomen als Problem und Frage der Sicherheit. Weiter argumentieren sie, dass jedes Sicherheitsproblem eine technische Lösung brauche. Und natürlich liefert die Rüstungsindustrie diese Technologie für einen Preis, den sie selbst vorgibt.

Zwar gibt es keine gemeinsame Vision für eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik, eine Gewissheit taucht aber immer wieder auf: Die Europäische Union brauche eine florierende Rüstungsindustrie. In der EU-Sprache wird dies als „eine innovative und wettbewerbsfähige europäische verteidigungstechnologische und industrielle Basis“ bezeichnet. Die gesamte Europäische Union scheint von dieser Annahme durchdrungen zu sein. Das Herstellen einer florierenden Rüstungsindustrie ist auch eines der Hauptziele der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), die entsprechend von der europäischen Rüstungsindustrie als ihr „Lieblingskind“ bezeichnet wird. Aber auch die Europäische Kommission (EC) arbeitet hart an diesem Ziel: 2011 haben der EU-Präsident, Manuel Barroso, und der Kommissar für Industrie und Unternehmen, Antonio Tajani, eine Task-Force mit dem Ziel eingerichtet, die Rüstungsindustrie zu stärken. In direkter Absprache mit den Waffenherstellern selbst untersucht die EU-Kommission, wie sie helfen kann, die Rüstungsindustrie auf globaler Ebene wettbewerbsfähig zu machen.

### Forschungsförderung für die Rüstung

Am 24. Juli 2013 hat die Europäische Kommission Empfehlungen für die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie bekannt gemacht. Sie enthalten eine Reihe von aggressiven Vorhaben, die die Grenzen ihrer Befugnisse überschreiten. Die Kommission verkündet nicht nur ein spezifisches Programm für die Entwicklung



Protestaktionen in Brüssel, Foto: Vredesactie



neuer Waffentechnologien, sie will sogar den gemeinsamen Kauf von Prototypen neuer Waffentechnik ermöglichen und erwägt explizit auch, militärische Drohnen anzuschaffen. Die Europäische Kommission will, dass die europäischen Institutionen aktiv die Waffenhersteller unterstützen, wenn diese mit amerikanischen, chinesischen und russischen Lieferanten konkurrieren müssen. Ein hoher Stellenwert kommt dabei Dual-Use-Gütern für militärische Anwendungen zu, für die auch zivile Budgets mobilisiert werden können. Entsprechend wird bei allen europäischen Fördertöpfen geprüft, wie sie für die Rüstungsindustrie eingesetzt werden können. Die Kommission reduziert die Sicherheitspolitik auf ein Förderprogramm für die Industrie.

Auf dem Papier finanziert die Europäische Union nur zivile Forschungsprogramme. In der Praxis wissen wir bereits, dass Waffenhersteller ein schönes Stück vom Kuchen abbekommen. Es gibt z.B. das Forschungsprojekt OPARUS, das knapp über 1 Mio. Euro aus dem EU-Förderprogramm RP7 zwischen September 2010 und Mai 2012 erhielt. OPARUS steht für „Open Architecture für UAV-basierte Überwachungssysteme“, OPARUS war damit ein Projekt zur Überwachung mit Drohnen. Alle großen europäischen Rüstungsunternehmen und Israel Aerospace Industries haben in diesem Projekt zusammengearbeitet. Was genau mit den EU-Geldern passiert ist, können wir nur vermuten, da es wenig öffentliche Informationen über diese Art Forschung gibt. Auf dem Papier hatte das Projekt ein (zweifelhaftes) ziviles Ziel, in der Praxis wurden Waffenhersteller finanziert, um neue Technologien zu entwickeln.

Ab 2014 jedoch gelten neue Regeln. Das neue Finanzierungsprogramm der EU heißt Horizon 2020 und wird von 2014 bis 2020 laufen. Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission bekräftigte, dass die Forschungsprogramme nur zivile Anwendungen haben sollten. Aber einige Mitglieder des Parlaments wollten es anders. Namhafte Verbündete der Rüstungsindustrie wie der Deutsche Christian Ehler und der Französische Ex-Geheimagent Arnaud Danjean haben Änderungsanträge eingereicht, um die entsprechende Passage aus dem Vorschlag zu streichen. Mit der Argumentation, EU-Mittel sollen verwendet werden, um die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie zu stärken, schafften sie es,

im EP Zustimmung für ihre Änderungen zu bekommen. Nach dem obskuren „Trilog“ (letzte nichtöffentliche Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission, bevor neue EU-Gesetzgebung verabschiedet wird) wurde die Festlegung auf „nur zivile Anwendungen“ dann doch nicht gestrichen. Wahrscheinlich, weil die Verhandlungspartner bereits etwas Neues im Auge hatten. In der Tat kündigte der Rat der EU nach dem Gipfel von 19. bis 20. Dezember eine „vorbereitende Maßnahme“ über „Forschung im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ an. Übersetzt in lesbare Sprache bedeutet dies eine neue Förderlinie, um die Entwicklung von Waffentechnik zu finanzieren.

Die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie ist auch explizit im Gemeinsamen Standpunkt der EU für Waffenausfuhren erwähnt. Der Gemeinsame Standpunkt der EU enthält acht Kriterien, welche die Mitgliedstaaten bei der Erteilung von Waffenausfuhrlizenzen berücksichtigen sollen. Doch neben den schönen Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten, wird den Mitgliedstaaten auch erlaubt, kommerzielle Interessen der Waffenindustrie zu berücksichtigen. Allzu oft werden wirtschaftliche Interessen als wichtiges neuntes Kriterium für den Waffenexport angesehen.

### Aktionen in Brüssel

Vredesactie und Agir pour la Paix haben am 19. Dezember 2013 Aktionen an verschiedenen Orten im Europaviertel in Brüssel gemacht, an denen die europäische Politik gestaltet wird. Die Lobbys der Rüstungsindustrie, die Hauptgebäude der Rüstungsindustrie und die Gebäude der europäischen Verwaltungen sind in räumlicher Nähe auf nur wenigen Quadratkilometern verteilt. In diesem Viertel bewegen sich etwa 15.000 Lobbyisten. Deshalb ist das europäische Viertel in Brüssel ein interessanter Ort, um Aktionen zu machen. Die Aktionen von Vredesactie und Agir pour la Paix haben den täglichen Betrieb im Europaviertel gestört und haben die Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Politik unterstrichen.

Die Europäische Verteidigungsagentur wurde morgens früh von einer Gruppe von Demonstranten überrascht, welche zwei Eingänge blockiert haben. Zwei Aktivisten kletterten auf das Tor. Der Zugang zum Haupttor wurde von Aktivisten, die mit waschbare Theaterblut verschmiert waren, behindert. Mehr als eine Stunde war die EDA für die verwirrten Arbeitnehmer geschlossen. Vierzehn Aktivisten wurden administrativ festgenommen und nachmittags wieder freigelassen.

Um zehn Uhr dreißig kletterten vier Aktivisten an der Fassade des Generaldirektorats für Unternehmen und Industrie hinauf. Sie haben dort ein Transparent befestigt, auf dem stand: „Die Waffenhändler sagen Danke, EU!“, weil die Europäische Rüstungsindustrie von der EU jährlich Millionen Euros bekommt. Aktivisten trugen Masken von Angela Merkel und Manuel Barroso. Auf dem Gebäude hing auch ein Transparent mit der Aufschrift: „Merry Crisis, Happy New War!“

Die Teilnehmer an der „Lobby-Tour Deluxe“ Aktion bekamen eine Open Air Einführung in Lobbyismus: durch einen geführten Spaziergang entlang der Gebäude der Lobbygruppen wurde

gezeigt, wie Waffenfirmen und europäische Institutionen die Politik beeinflussen. Auf diese Weise machte die Tour Verflechtungen zwischen Wirtschaft und politischen Entscheidungsträgern sichtbar. In der Nähe des Jubelparks verlieh eine andere Gruppe von Aktivisten den Nobelpreis für Kriegführung. Glücklicher Sieger wegen ihrer militärischen Ambitionen und ihrer großzügigen Unterstützung für die Rüstungsindustrie: die Europäische Union! Ein Straßentheater zeigte auf dem Vorplatz des Europäischen Parlaments, wie Lobbyisten den Abgeordneten Gesetze diktierten.

2014 wurden in Belgien noch mehr Aktionen geplant im Rahmen der Ctrl + Alt + EU Kampagne. Es ist ganz wichtig, um in vielen anderen europäischen Ländern auch die Militarisierung Europas auf die politische Tagesordnung zu setzen. Nur wenn man an so vielen Orten wie möglich Druck ausübt, um zu verhindern, dass die europäische Politik von Militär-Lobbyismus dominiert wird, kann man eine gegenwärtige Gegenmacht auf europäischer Ebene aufbauen.

*Gunther Lippens ist an der Ctrl + Alt + EU Kampagne von Vredesactie (Belgien) beteiligt.*

## Für Stabilität im Sinne der EU

Die Europäische Union unterhält eine ganze Reihe an Finanzierungstöpfen, mit denen sie auf Entwicklungen in Ländern außerhalb der EU Einfluss nimmt oder nehmen will. Dazu gehört auch das am Mittwoch im Europäischen Parlament in Straßburg verabschiedete »Stabilitätsinstrument« oder auch »Instrument für Stabilität und Frieden«, wie es die Grünen gerne benennen.

Doch was genau verbirgt sich hinter dem Programm, für das immerhin 2,82 Milliarden Euro bereitgestellt werden? Mit dem Stabilitätsinstrument finanziert die EU-Kommission Maßnahmen in Ländern außerhalb der EU, wenn es dort Krisen gibt oder solche bevorstehen, um die jeweilige Regierung zu stabilisieren. Oder sie ergreift Maßnahmen »im Kontext stabiler Kooperationsbedingungen«, die dem »Aufbau von Kapazitäten« dienen, »um spezifische globale und transregionale Bedrohungen mit destabilisierender Wirkung zu bewältigen«. Dabei geht es auch um »Hilfsmaßnahmen« wie die Unterstützung beim Aufbau von Polizei, Streitkräften oder staatlichen Strukturen. Geld kann auch dann ausgezahlt werden, wenn dies eine örtliche Regierung nicht will, zum Beispiel wenn die Zusammenarbeit mit ihr aufgrund von Klauseln in internationalen Abkommen – etwa wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen – ausgesetzt ist.

Die Finanzhilfen werden einerseits als konkrete Haushaltshilfe, andererseits als Sachleistungen zur Deckung von Betriebskosten oder als Finanzierung von Programmen an die jeweilige Regierung

oder einzelne Gebietskörperschaften, an Europäische Agenturen, Nichtregierungsorganisationen sowie internationale Organisationen und auch an privatwirtschaftliche Unternehmen ausgezahlt, soweit »sie einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung leisten«.

Richtig verwirrend wird es, wenn man betrachtet, wie viele verschiedene Programme dieser Art die EU unterhält. In dieser Plenumswoche wurden neben dem Stabilitätsinstrument noch eine ganze Reihe anderer »außenpolitischer Instrumente« debattiert, darunter das »Nachbarschaftsinstrument«, das »Instrument für Heranführungshilfe« oder das »Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte«.

Für all diese zuständig sind die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD). Es ist zwar immer wieder angemahnt worden, aber de facto gibt es keine parlamentarische Kontrolle der Ausgaben durch das Europäische Parlament.

Auch der Deutsche Bundestag erfährt nur wenig darüber, was mit dem Geld des Stabilitätsinstrumentes geschieht. In einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion (17/5873) hieß es: »Der Bundesregierung sind lediglich Gesamtsummen für die jeweiligen Maßnahmen bekannt. Da diese oft aus mehreren Komponenten bestehen, liegen der Bundesregierung über die genaue Höhe der Mittel, die (z.B.) für Reformen der Justiz verwendet wurden, nicht in jedem Fall genaue Angaben vor.«

Klar ist nur: Mit dem Geld nimmt die EU weltweit Einfluss auf örtliche Entwicklungen. Meist ist es Vor- und Nachsorge rund um militärische Konflikte, die auch schon mal mit Beteiligung der Europäischen Union stattfinden bzw. stattfanden. Die GUE/NGL-Fraktion etwa lehnt deshalb das Stabilitätsinstrument ab.

Besonders im Vorfeld des Rüstungs- und Militärgipfels der EU am 19. und 20. Dezember ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Instrumente häufig die zivile Begleitung von auch militärischen Einflussnahmen der EU auf andere Länder sind. Frankreich drängt nun zum Beispiel gerade darauf, dass ihre militärischen Aktionen in Zentralafrika über die »African Peace Facility« des Entwicklungshilfefonds der EU abzurechnen seien. Das würde ins Bild passen, wurden doch schon 1,1 Milliarden Euro aus dem EU-Entwicklungsfonds für Militäraktionen der Afrikanischen Union (AU) ausgegeben. So werden dann Militäreinsätze (nicht nur Frankreichs) über die EU querfinanziert. Auch um den geplanten Ausbau von EU-Militäreinsätzen wird es beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in der kommenden Woche gehen.

Es ist und bleibt Wahnsinn, dass unter der Führung der Troika die Länder in der EU kaputtgespart werden, aber zugleich ein Militärgipfel stattfindet, bei dem Maßnahmen dazu beschlossen werden sollen, wie die (teure) Militarisierung der EU weiter vorangetrieben werden kann.

*Tobias Pflüger*